

Bezugspreis:

3 wöchentlich 30.—, 12 wöchentlich 100.—, 3 monatlich 280.—, 6 monatlich 550.—, 12 monatlich 1050.—, 1/2 Jahr 1900.—, 1 Jahr 3600.—, 1/2 Jahr 1900.—, 1 Jahr 3600.—, 1/2 Jahr 1900.—, 1 Jahr 3600.—

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morosplan, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 16. Dezember 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morosplan, Nr. 117 53-54.

Deutschland-Debatte in Genf.

Genf, 15. Dezember. In der heutigen Abend Sitzung entstand schließlich eine lebhafteste Debatte über die Frage der Aufnahme Deutschlands, die der ganzen Sitzung einen sensationellen Anstrich verlieh.

Der schweizerische Delegierte, Bundespräsident Motta, wies in einer formvollständigen Rede darauf hin, daß der Völkerbund, solange er nicht die Universalität besitze, sein Ziel nicht erreichen könnte, und daß beiderseitigerweise Amerika, Rußland und Deutschland ihm noch nicht angehört. Als das Wort „Deutschland“ fiel, sprang Viviani erregt in die Höhe und verlangte das Wort. Bundespräsident Motta sprach zum Schluß seiner Rede die Hoffnung aus, daß, wenn die Frage der Aufnahme Deutschlands gestellt werde, man sie im Sinne der Gerechtigkeit lösen müsse.

Unter allgemeiner Spannung behielt

Viviani

die Rednertribüne. Man hörte seinen Worten die starke innere Erregung an, die er auch durch die höfliche Form, in der Viviani dem Bundespräsidenten Motta erwiderte, nicht abzumildern vermochte. Viviani erklärte, daß der Völkerbund Deutschland nicht aufnehmen könne, sondern daß Deutschland sich in den Stand setzen müsse, in ihn einzutreten zu können. Viviani verlas den ersten Artikel des Völkerbundesvertrages, der feste Garantien für die Innehaltung der internationalen Verpflichtungen fordert. Er sagte dann, daß Deutschland in die Völkerbundsversammlung nicht eintreten könne, wenn es diese Garantien nicht geliefert habe. Seit 2 Jahren aber warte man darauf. Viviani erklärte sich gegen die Auffassung, als ob er von Frankreich erfüllt spräche. Frankreich habe den Krieg nicht gewollt; es habe nicht anders getan, als sein Land und die Freiheit zu verteidigen. Einen Staat aber zuzulassen, der seine Verpflichtungen nicht innehalte, wäre unangeheuerlich. Mit großer reduzierter Gehärde wies schließlich Viviani darauf hin, daß, wenn Frankreich nicht siegreich gewesen wäre, der Völkerbund jetzt nicht in Genf tagen würde.

Als Viviani die Tribüne verließ, erschall ein Beifall, wie ihn die Völkerbundsversammlung seit ihrem Bestehen noch nicht gekannt hatte. Eine stürmische Kundgebung im Saal und auf den Tribünen für Frankreich und für den Sieg Frankreichs war das Ergebnis dieser zufällig aufgeworfenen Debatte.

Lord Robert Cecil betonte seine Nebereinstimmung mit den Ausführungen Vivianis. Nicht nur Österreich gegenüber, sondern auch allen anderen Staaten gegenüber müßte man darauf sehen, daß sie Beweise geben für ihren guten Willen, ihre internationalen Verpflichtungen zu erfüllen. Wer diesen Beweis nicht gebe, den solle man lieber nicht aufnehmen. Von dieser Grundlage des Völkerbundes dürfe man nicht abweichen. Die englische Delegation schloß sich vollständig der Auffassung Vivianis an.

Nachdem noch der brasilianische Delegierte Fernandes seine Zustimmung zu den Ausführungen Vivianis und Mottas ausgesprochen und der Hoffnung Ausdruck gegeben hatte, daß Deutschland bald aufgenommen werden könne, wurde die Aufnahme Österreichs einstimmig beschlossen.

Zuvor waren für die ausstreichenden Staaten Spanien, Brasilien, Belgien und Griechenland die nicht ständigen Mitglieder des Rates neu gewählt worden. Spanien wurde im ersten Wahlgang mit 35 von 39 Stimmen gewählt, je zwei entfielen auf China und Brasilien. Dann wurde Brasilien mit 33 Stimmen wiedergewählt. Belgien blieb bei der dritten Erwahlung mit 16 Stimmen hinter China, das 19 Stimmen erhielt, zurück. Holland, Schweden, Portugal und die Tschechoslowakei erhielten je eine Stimme, in der Stichwahl siegte Belgien mit 24 gegen 14 Stimmen, eine entfiel auf Rumänien. Die Versammlung nahm das Ergebnis mit lang anhaltendem Beifall an, wofür Dymans durch Verbeugung dankte.

Griechenland wurde (Quittung für Konstantin!) nicht wiedergewählt. Es erhielt nur eine einzige Stimme. An seine Stelle tritt China, das 22 Stimmen erhielt, die übrigen 17 waren zerstreut. Es gab wieder großen Beifall. Für China? Gegen Griechenland.

Liberia und Honduras beteiligten sich an den Wahlen nicht. Der Völkerbund wird sich nunmehr zusammensetzen aus den Vertretern Englands, Frankreichs, Japans, Italiens, Belgiens, Brasiliens, Spaniens und Chinas.

Der ruhmreiche Sieg ist bekanntlich noch immer unbesetzt infolge des bisher nicht erfolgten Beitritts Amerikas zum Völkerbunde.

werden. Ebenso wird mit der verdienten Strenge gegen die Mannschaften vorgegangen werden, die sich der unehrenhaften Verlastungen der Kontrolloffiziere schuldig gemacht haben. Ueber die Bestrafung wird eine weitere Mitteilung erfolgen.

Als Erfolg für die Beschädigung der Uniformen dieser Offiziere wird der Interalliierten Marinekontrollkommission der Betrag von 20577 M. durch die Legationskasse des Auswärtigen Amtes überwiesen werden.

Entspannung in Böhmen.

Wie die Berliner tschechoslowakische Gesandtschaft mitteilt, haben am 14. Dezember in Prag die Kommunistenführer Skalač und Vaneš den Präsidenten Masaryk gebeten, eine Vermittlungskaktion einzuleiten. In Prag herrscht vollkommene Ruhe und in der Provinz ist eine allgemeine Entspannung zu beobachten. Führer der radikalen kommunistischen Agitation wurden verhaftet. In Brünn negt die Arbeiterschaft zum Abbruch des Streiks. Die Gewerkschaftsverbände haben sich gegen den Streik ausgesprochen und fordern seine Beendigung.

Erfassung des Brotgetreides.

Mit Bezug auf die angekündigten Maßnahmen zur schärferen Erfassung des Brotgetreides teilte der Preussische Pressedienst mit: Reichsernährungsminister Dr. Hermes hatte Maßnahmen zur schärferen Erfassung des Brotgetreides mit Rücksicht auf die mangelhafte Ablieferung bereits in verschiedenen Reden angekündigt. Wir sehen nun in diesem Jahre besonders ungünstigen Verhältnissen in Bezug auf die Getreideablieferung gegenüber, so daß Maßnahmen zur schärferen Erfassung und -dinge geboten erschienen. Es handelt sich aber bei der vorzunehmenden Aktion lediglich um eine Nachschau zur Erfassung des obliegenden Getreides, wie sie bisher in jedem Jahre stattgefunden hat, nur daß diese Nachschau in diesem Jahre etwas früher einsetzt wird. Die gesamte Durchführung der Erfassungsmaßnahmen liegt in den Händen des Landgetreideamts als dem ausführenden Organ. Daß dabei gegebenenfalls bewaffnete Macht in Anspruch genommen wird, ist weder etwas Besonderes noch Neues, sondern schon in den letzten zwei Jahren in allen erforderlichen Fällen geschehen.

Des Reichsmünchertages. Der Rechtsausschuß des Reichstages legte am Mittwoch die Beratung des Münchertages fort und nahm § 3 und die folgenden Bestimmungen an. Bei § 6 wurde beschlossen, die schwereren Fälle vor die Strafkammer zu bringen. — Das Gesetz soll am 1. Januar 1921 in Kraft treten und durch öffentlichen Anschlag bekanntgemacht werden.

Die Hydra der Verleumdung.

Prinz zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Nach mehrfacher Unterbrechung und wochenlangen Schlussverhandlungen ist endlich der an Sensationen reiche Prinz-Prinz-Prozess zu Ende gegangen. Wer ist Prinz? Und wie konnte ein so arbeitsloser Mensch zum Mittelpunkt einer Sensation werden? War etwa der Mann geistig so tiefengradig, oder aber die Straftat etwas so Ungeheuerliches, daß die Welt staunend davorstand, ohne zu verstehen? Ach nein, der Mann ist ein ganz kleiner Mensch, der verschiedentlich mit dem Richter in Konflikt kam, wie andere auch. Und die Straftat: Sie war so imponierend unsinnig, daß, als der „Verletzte“ im Sinne des Strafgesetzbuches, der Genosse Scheidemann, zuerst von ihr hörte, er herzlich darüber lachen mußte.

Und trotzdem hat Scheidemann Strafanktrag gestellt und trotzdem ist wochenlang verhandelt und der Angeklagte verurteilt worden. Zu sechs Monaten Gefängnis. Das ist viel oder wenig, wie man will. Viel für jemanden, der sich zu unredlich verhalten hat, wenig für den, der glaubte, mehr erwarten zu müssen. Wenig vor allem, verglichen mit den Monaten und Jahren, die auf sozialdemokratische Redakteure wegen belangloserer Dinge niedergedrückt sind, als die Richter noch im Namen Wilhelms und nicht in dem der Republik Recht sprachen.

Wenn Herr Prinz die Ehre widerfuhr, wochenlang seinen Namen in den Zeitungen aller Richtungen gedruckt zu sehen, so verdankt er das lediglich dem Umstand, daß der — Däbel ihn dem Rechtsanwalt Ribbel in die Hände spielte. Denn worauf es diesem gelehrten Rechtsbeistand des schwerindustriellen „Lokalaneigers“ ankam, das hat er in seiner „Verteidigungsrede“ für Prinz am Mittwoch, den 15. Dezember 1920 — es ist nötig, sich das Datum genau zu merken! — in aller Deutlichkeit ausgesprochen. Er wollte beweisen, was er am Schluß des Prozesses beweisslos behauptete, daß „unter dem Regime Scheidemann der Weichmord zum System“ erhoben worden sei. Diese „Schuld“ könne niemand von der Regierung Scheidemanns abwischen.

Als der Anwalt des Rechts, Herr Ribbel, diese Worte sprach, wußte er wohl, daß er den § 193 des Strafgesetzbuches als Schutzwall vor sich hinstellte. Denn er nahm ja die Interessen von 200 M zur Verfechtung der ominösen „Urkunde“ veranlaßt hatte. Der arme Schächer Prinz, der den drei auskosten muß, den andere eingestrichelt, war ja erst aus dem Gefängnis entlassen, stand mittellos in der Welt, und da Prohibens und Schmalhans bei ihm Anweisung hielten, war ihm jede Summe recht, die er leicht verdienen konnte. Besonders, wenn sie von einem Anwalt des Rechts stammte. So entstand jene „Abschrift“ einer Urkunde mit — wenn auch schlecht — nachgemachten Unterschriften, so entstand der Klattenkönig von Verleumdungen, die sich gegen Scheidemann und seine Partei richteten, so entstand schließlich die Anklage wegen Urkundenfälschung und Verleumdung gegen Prinz, und so muß Prinz auch heute ins Gefängnis, weil er glaubte, bei Ribbel geboren zu sein.

Die Rehabilitation, Scheidemann habe 100 000 M. oder sonst irgendeine Belohnung für die Mörder Liebkechts und der Duremburg angesetzt ist so grotesk, daß noch andere als Scheidemann ursprünglich darüber gelacht haben. Aber stärker noch als die Groteske ist der Weichschädel von ganzen Verdächtigungen von halben Behauptungen und Viertel-Andeutungen, die schließlich die stärkste Partei und den ehrlichsten Politiker in die Knie bringen können, den Prontarichter anzurufen, um die vergiftete politische Atmosphäre wenigstens zeitweise zu reinigen. In dieser Lage befindet sich Scheidemann, als er Strafanktrag stellte und heute läßt sich überleben, was er erreicht.

Zunächst einmal: es wäre töricht, wollten wir noch einmal hervorheben, daß nicht der Schatten eines Beweises von der Existenz eines solchen „Mordbefehls“ oder einer solchen „Preisauschreibung“ erbracht wurde, wie sie bekannt war. Daß Scheidemann niemals auch nur mit einem Verdacht eines Bedenkens an solchem Verbrechen befaßt sein konnte, war für die Sozialdemokraten von vornherein klar. Nicht allein aus vorläufigen Gründen, sondern viel mehr aus Gründen der Weltanschauung. Denn jeder Sozialdemokrat weiß, daß Massenbewegungen wirtschaftliche oder politische Strömungen widerspiegeln, die nicht dadurch aus der Welt geschafft werden können, daß man die „Führer“ bestraft. Auf solche Idee konnten nur konservative Sinne kommen, die in Vorkämpfern der Revolution die Abwehrkräfte abschließen zu lassen. Wie in die Mordtaten nach dem 9. November fast alle auf dieselbe Verleumdungsmasse zurückzuführen sind. Die Marlow und Genossen, die Matrosenmörder von der Kreuzschiffen Strafe, die Medertener Mordkommission — sie stammen alle aus derselben Schule, aus der Graf Arco in München und der deutschnationalen Keldentatung stammte, der in Berlin auf Erbringer schloß. Sozialdemokraten kommen ihrer ganzen Weltanschauung nach nicht auf Mordgedanken. Brauchte insofern der Prinz-Prozess nichts Neues, so war es

Württemberg gegen die Entente.

Stuttgart, 15. Dezember. (SW.) Im Finanzausschuß kam der Minister des Innern auf die Einwohnerwehren zu sprechen und sagte, diese hätten sich bewährt. Ohne ihre Hilfe könnten lebenswichtige Betriebe nicht aufrechterhalten werden. Die tabulalen Kreise wollten mit dem Loslösen nur worten, bis die Einwohnerwehren aufgelöst seien. Wir dürfen nicht vor allen Forderungen der Entente zurückweichen. Wenn wir der Möglichkeit beraubt würden, den Bolschewismus zu bekämpfen, dann treffe die Verantwortung für alles, was über Europa komme, die Entente.

(Und wen trifft für alle Unannehmlichkeiten, die uns aus einem Konflikt mit der Entente erwachsen können, die Verantwortung? Den württembergischen Minister des Innern! Red. d. „Vorw.“)

Der Zwischenfall von Cuxhaven.

Berlin, 14. Dezember. (SW.) Der Herr Reichsminister des Meeres hat dem Vorsitzenden des Interalliierten Meeresüberwachungs Ausschusses, Admiral Charlton, heute folgende Note übergeben:

Im Namen der deutschen Regierung spreche ich das lebhafteste Bedauern über den ersten Zwischenfall aus, der sich am 10. November in Cuxhaven zugetragen hat, und ich bitte Sie, Herr Admiral, auch den beleidigten Offizieren selbst den Ausdruck meines Bedauerns übermitteln zu wollen.

Zur Untersuchung des Vorfalls war eine besondere Kommission, bestehend aus einem Oberkriegsgerichtsrat als Verhandlungsführer und zwei Stadtschiffen der Marine als Beisitzer, an Ort und Stelle entsandt worden. Das bisherige Ergebnis der Ermittlungen ist in der anliegenden Denkschrift enthalten. Wie ich daraus zu ersehen bitte, ist der von Ihnen ausgesprochene Verdacht, daß der Bestungskommandant, Fragattenkapitän Heinecke, die Ausschreitungen gegen Mitglieder der Interalliierten Marinekontrollkommission zugelassen und sogar begünstigt habe, durch die Untersuchung widerlegt. Kapitän Heinecke hat alles, was ihm in seiner Eigenschaft als Bestungskommandant oblag getan, um den Kontrolloffizieren die sichere und unbedingte Ausübung ihres Dienstes zu ermöglichen. Die Aussagen der Mannschaften bestätigten, daß sie bei ihm ebensowenig wie bei den anderen Offizieren nachsahen für ihre Ausschreitungen erworfen konnten.

Dagegen muß zugesehen werden, daß einige Truppenkommandeure und Offiziere ein Vorwurfs trifft. Auch sie hatten zwar den besten Willen, Zwischenfälle zu vermeiden. Sie haben aber in Ueberschätzung der Disziplin ihrer Truppen nicht alle Vorkehrungsmaßnahmen erschöpft und insofern schuldhaft gehandelt. Sie werden deswegen gebührend zur Rechenschaft gezogen

Groß-Berlin

Gegen Populärhaftsherei.

Der demokratische Stadtverordnete Dr. Paul Michaelis bespricht im „Berliner Tageblatt“ vom Mittwochabend das Steuer...

Es mag für die Unabhängigen vielleicht ganz lobend sein, wenn sie bei ihrem Stürzflug...

Zimmerlin muß angesichts dieser Weigerung der beiden Parteien auf der äußeren linken ernüchtert erwogen werden...

Gefahr den Fall, die Bürgerlichen würden mit den Unabhängigen und Kommunisten...

Zum Hotelkrieg.

Vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird geschrieben:

Ein Teil der Berliner Hotels hat seinen Wirtschaftsbetrieb geschlossen. Aus diesem Anlaß sind in der Öffentlichkeit...

Die Vertreter der größeren Berliner Hotels und Restaurationbetriebe beschließen und verpflichten sich...

Weiter berichten die Blätter, daß einige Hotels folgende Bekanntmachung ausgedrängt haben:

„Wegen Unerfüllbarkeit der Rationierungsbestimmungen bleibt unser Betrieb (Küchen- und Restaurationbetrieb) solange geschlossen...

Demgegenüber ist darauf zu verweisen, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft in Verbindung mit der Förderung der Einfuhr...

Die Staatsanwaltschaft in der Hotelfrage.

Von interessierter Seite wird vielfach von einem „Kesselstreifen“, welches von der Staatsanwaltschaft gegen die Berliner Hotelbetriebe...

Wie eine Potsdamer Korrespondenz berichtet, machen momentan die Hotelbesitzer der ehemaligen Residenzstadt Potsdam...

Brandenburgischer Provinziallandtag.

Der erste Landtag der verkleinerten Provinz Brandenburg und der 50. in der Gesamtheit der Landtage wurde gestern mittag 14 Uhr eröffnet...

Streikbeschluss für die Berliner Handelshändlervereine.

Zur Lohnbewegung in der Berliner Handelshändlervereine nahm am Mittwoch eine zahlreich besuchte Versammlung Stellung...

gefordert werden sollte. Nach reiflicher Überlegung ist man dazu gekommen, eine Erhöhung von 25 Proz. zu beantragen...

Warum Berlin zu wenig Milch erhält.

Zu dem Artikel in Nr. 604 des „Vorwärts“ vom 4. Dezember erhalten wir vom Angehörigenrat des Milchamtes Berlin ein Schreiben...

Eine fette Wente.

Gestern Abend wurden der 34 Jahre alte Ulrich K., der 22jährige Krawa K. und der 21jährige Rudolf W. in der Wohnung...

Großer Fleischdiebstahl auf dem Ostbahnhof.

Der Firma G. Riefer aus der Zentralmarkthalle wurde am 12. Dezember ein Eisenbahnwagen mit 945 Känfen, 30 Enten...

Bezüglich der entlassenen 30 Elektrizitätsarbeiter hat der Magistrat Berlin in seiner gestrigen Sitzung nach längerer eingehender Beratung...

Die Postwagenübernahmen haben gestern zu einer Verhaftung geführt. Der Postillon Scholz, der mit seinem Wagen nach Friedrichshagen fuhr...

Die drei gerechten Kammacher.

Von Gottfried Keller.

Sie war sehr fleißig und half ihrer Mutter bei ihrer Wäscherei, indem sie die feineren Sachen plättete und die Sauben und Manichetten der Soldwäterinnen wusch...

nicht heraus, sondern führte einen tapferen und heftigen kleinen Prozeß durch, den sie selbst vor Gericht verteidigte auf Grundlage einer Rechnung...

Wenn aber die uralte Seifengalerie ihre Wertigkeit und ihren erakten Sinn verkündete, so pries nicht minder ihren erbarlichen und gekauften Geist ein Häufchen unterschiedlicher Bücher...

viel und so lebhaft, wie eine gelehrte Blinde, die nichts von der Welt sieht und deren einziger Genuß es ist, sich selbst reden zu hören. Von der Stadtschule her und aus dem Konfirmationsunterrichte hatte sie die Übung ununterbrochen beibehalten...

